

Wiener Equal Pay Day beweist: Feministische Politik wirkt

2025-11-23 20:49

„Von gleicher Bezahlung für Frauen und Männer sind wir in Österreich immer noch weit entfernt, aber die Zahlen in Wien beweisen ganz klar: Feministische Politik macht den Unterschied“, sagt Erich Kniezanrek, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen (FSG) in der AK Wien.

Der Wiener Equal Pay Day fällt heuer auf den 22. November – bundesweit war dieser Tag bereits am 2. November. Die Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern liegt bundesweit bei 18,3 Prozent im Schnitt pro Stunde, in Wien bei elf Prozent. Kniezanrek: „Das ist das Ergebnis sozialdemokratischer, feministischer Politik. Wir haben in unserer Stadt ein gutes Angebot an ganztägigen Bildungseinrichtungen schon für die kleinsten Kinder, und wir haben ein breites Angebot Pflegeeinrichtungen. Das sind wesentliche Rahmenbedingungen, um vor allem Frauen Vollzeitarbeit zu ermöglichen.“

„Unser Ziel ist, dass der Equal Pay Day in naher Zukunft jedes Jahr erst am 31. Dezember stattfindet, dafür setzen wir uns mit ganzer Kraft ein“, so Kniezanrek. „Die Politik trägt ihren Teil dazu bei, sowohl in Wien als auch im Bund. Die Lohntransparenzrichtlinie der EU ist ein taugliches Instrument, um Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen – und damit kann man diese Ungerechtigkeiten konsequent beseitigen.“ Aber auch die Betriebe seien gefragt, wenn es um Einkommensgerechtigkeit gehe. „Es darf nicht sein, dass Frauen niedrigere Einkommen haben, nur weil sie Frauen sind. Es darf nicht sein, dass Frauen nur Teilzeitjobs bekommen und dann permanent Mehrarbeit leisten, die dann nicht in Geld, sondern in Zeit abgegolten werden. Beides ist aber leider immer noch oft der Fall, wie wir aus den Beratungen in den Gewerkschaften und in der Arbeiterkammer wissen.“

Eine weitere, wesentliche Hürde auf dem Weg zu Einkommensgerechtigkeit sei die ungleiche Aufteilung unbezahlter Care-Arbeit, etwa Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen, so Kniezanrek: „Das sind gesellschaftlich immens wichtige Aufgaben, öffentliche Angebote in diesen Bereichen müssen budgetär abgesichert sein und in allen Bundesländern ausreichend zur Verfügung stehen.“